

Amtsblatt

Regierung von Niederbayern



Nr. 11

Freitag, 4. Juli 2025

65. Jahrgang

Inhaltsübersicht

Landes- und Regionalplanung

Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald (12)	161
Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Regionalen Planungsverbandes Landshut für das Haushaltsjahr 2025.....	162

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechung.....	163
----------------------	-----

Landes- und Regionalplanung

Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald (12)

Die nächste Planungsausschusssitzung des Regionalen Planungsverbandes Donau-Wald findet statt am

**Donnerstag 10. Juli 2025, 9:00 Uhr am Landratsamt Straubing-Bogen,
Großer Sitzungssaal, Leutnerstraße 15, 94315 Straubing.**

Die Sitzung ist öffentlich.

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Begrüßung, Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Teilfortschreibung des Kapitels B III Energie/Windenergie;
Diskussion und Billigung des Fortschreibungsentwurfs sowie
Beschluss über das Beteiligungsverfahren
Referent: Regionsbeauftragter Jürgen Schmauß, RD
3. Teilfortschreibung des Kapitels B IV 1.3 Lehm und Ton, Spezialton;
Information über den Fachbeitrag zum Bereich Spezialton und weiteres Vorgehen
Referent: Regionsbeauftragter Jürgen Schmauß, RD
4. Teilfortschreibung des Kapitels B IV 1.5 Quarz;
Änderungsbeschluss
Referent: Regionsbeauftragter Jürgen Schmauß, RD
5. Bestellung eines Geschäftsführers
6. Örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2023;
Feststellung und Entlastung
7. Überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2019 bis 2023;
Kenntnisnahme
8. Jahresrechnung 2024, Rechenschaftsbericht;
Kenntnisnahme
9. Haushaltsplan, Haushaltssatzung 2025
10. Sonstiges, Wünsche und Anträge

Straubing, 5. Juni 2025
REGIONALER PLANUNGSVERBAND DONAU-WALD

Josef Laumer
Landrat
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung der Haushaltssatzung
des Regionalen Planungsverbandes Landshut
für das Haushaltsjahr 2025**

I.

Auf Grund des Art. 8 Abs. 5 BayLPIG, Art. 40 ff. KommZG und Art. 55 ff. LKrO erlässt der Regionale Planungsverband Landshut folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 wird im

Verwaltungshaushalt

in Einnahmen auf	152.125 €
in Ausgaben auf	152.125 €

und im **Vermögenshaushalt**

in Einnahmen auf	0 €
in Ausgaben auf	0 €

festgesetzt.

§ 2

Kredite werden nicht aufgenommen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der **Kassenkredite** wird auf 10.000 € festgesetzt.

§ 5

¹Zur Finanzierung des nicht gedeckten Aufwandes wird von den Verbandsmitgliedern im Haushaltsjahr 2025 eine **Umlage von 0,06 € pro Einwohner** erhoben (vgl. § 17, Abs. 2 der Verbandssatzung). ²Maßgeblich für die Berechnung der Umlage ist die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2023 (vgl. § 17 Abs. 3 und 4 der Verbandssatzung).

§ 6

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2025 in Kraft.

II.

¹Die Haushaltssatzung enthält keine genehmigungspflichtigen Bestandteile (Schreiben der Regierung von Niederbayern vom 11. Juni 2025, Az. RNB-24-8327-2-3-29). ²Die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen liegt ab dem Tag der Veröffentlichung im Regierungsamtsblatt bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung öffentlich zugänglich bei der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes Landshut, Gestütstr. 10, 84028 Landshut, während der allgemeinen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme auf.

Landshut, 11. Juni 2025
REGIONALER PLANUNGSVERBAND LANDSHUT

Peter Dreier
Landrat
Verbandsvorsitzender

Nichtamtlicher Teil

Buchbesprechung

Wilde, Ehmann, Niese, Knoblauch, **Datenschutz in Bayern**
(Datenschutz-Grundverordnung, Bayer. Datenschutzgesetz)
Kommentar und Handbuch für Datenschutzverantwortliche,
38. Aktualisierung, Stand März 2025, 230 Seiten, Preis 225 €;
Gesamtwerk (1.858 Seiten, 1 Ordner), 242 € mit Fortsetzungsbezug,
auch Online-Version verfügbar.
Verlagsgruppe Hüthig-Jehle-Rehm

Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Datenschutz erhält immer größere Bedeutung auch für die praktische Arbeit der Behörden. So hat der EuGH das Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO wesentlich gestärkt. Öffentliche Stellen sollten unbedingt Fehler beim Umgang mit Auskunftsverlangen vermeiden. Sonst drohen Streitigkeiten oder gar gerichtliche Verfahren wegen unzureichender Auskunftserteilung. Zum Beschäftigtendatenschutz des Art. 88 DSGVO hat der EuGH Schranken für Kollektivvereinbarungen gezogen, insbesondere für Dienst- und Betriebsvereinbarungen. Die Rechtsprechung zum Schadenersatzrecht bei Verletzung datenschutzrechtlicher Vorschriften wurde ausführlich kommentiert.